

In Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 Mk. durch die Post 3,25 Mk. ...

Samstag-Zeitung

achtundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 gehaltenen Kolonialstellen ...

Erchein täglich einmal.

Schrittweite und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, ...

Nr. 207.

Halle, Dienstag, den 5. Mai

1914.

Mb. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 4. Mai.

Vm Ministerpräsident v. Zottli u. Solz.

Vizepräsident Dr. von Krause eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Der Kultusminister.

(7. Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel „Gehörslehrraumlagen“.

Abg. Niefer (Sp.).

Den Direktoren der übermäßig großen Schulen, der sogenannten Mammutschulen, müssen Schreibkräfte zur Verfügung gestellt werden, damit ihre Tätigkeit nicht dem eigentlichen Schulzweck allzu sehr entgegensteht. ...

Kultusminister von Zottli u. Solz:

Die Probleme unserer Schulverwaltung scheiden sich in finanzielle und praktische Probleme. Zu den finanziellen gehört die Einrichtungsfrage, von der es mitzubezweifeln ist, ob sie jemals kommen werden. ...

Ein Wädung war vor allem im Rateinsehen zu erwarten, da seit 1901 die Schulverwaltung in der Richtung der Schulreform ...

Es ist hier darüber anerkannt worden, daß in den letzten Jahren für die Oberlehrer viel geschehen ist; wir sind jetzt bereit, die 12 Stunden im Jahre zu bezahlen. ...

gegen eine solche Steigerung der Anforderungen gewandt, und werde es auch weiter tun. (Beifall.) Einen durchgreifenden Erfolg kann ich mir aber davon nicht versprechen. ...

Der Zentrumstreber hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich bei der Frage der Benennung der höheren Schulen in Preußen in einer übertriebenen Empfindlichkeit zu weit Rechnung getragen hätte. ...

Abg. Janisch (Soz.).

Die höheren Lehranstalten sind für die Kinder der Arbeiter so gut wie gar nicht vorhanden, weil die Schulgebühren viel zu hoch sind. ...

Recher bringt dann noch einmal den Fall der Hedwig Matus vor, die in der höheren Mädchenschule nicht aufgenommen werden konnte, weil sie nicht gepulvert war. ...

In der „Frankf. Ag.“ wurde erst kürzlich ein Artikel veröffentlicht, in dem gezeigt wurde, was unter der Hand unserer Pädagogen aus unserer harmlosesten Volksschule geworden ist. ...

Wir sind stolz auf die Kommune, (Warm reißt) denn ihre erste Tat war die Säurung der schwebelichten Rendite-Einnahme und die Realisierung des Wärschreibens. ...

Abg. Dr. Krause-Rauenberg (Konf.).

In den unteren Klassen ist eine strengere Verpflegung durchaus angebracht. Wir müssen Front machen gegen die Ueberhebung des Bildungswesens. ...

Abg. Wänsberg (Sp.).

Das Lehrmaterial an unseren höheren Schulen ist heute wesentlich besser als früher. Die sozial bedingten Mängel auf sozialen Gebiete können wir nicht nur durch Gefühlsbildung und Beläufnisse. ...

Abg. Gessell (Sp.).

Genüß soll in den Schulen nur historisch feststellendes Material beibringen werden und alles ansonsten Material muß ausgemergelt werden, wenn es vor der Kritik nicht besteht. ...

Abg. Dr. Heß (Zentr.).

kommt nochmals auf den Fall des Kölner Görres-Gymnasiums zurück. Der Minister hätte die Sache einmal von der andern Seite beleuchten sollen. ...

Ein Antrag auf Schluß der Beredung wird angenommen. Ein Antrag Dr. Heß über Rückberufung der Kommissar. ...

Hierauf verlegt das Haus die Beredung auf Dienstag, 11 Uhr; vorher beginnt die Einmündung von Klein und kleineren Vorlagen.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Schar schneiden die Silhouetten der jactigen Hügel in den blauen Abendhimmel hinein. Hinter ihnen liegt der unerfährliche Woloch Berlin. Der neue Kaiserweg soll dem Getreide zuführen, soll seinen Hunger linden helfen, ihm Getreide zuführen, soll seinen Hunger linden helfen, ihm Getreide zuführen, soll seinen Hunger linden helfen...

Vor der Fahrt gab Regierungs- und Bauart Holmgren einen Ueberblick über die Technik und die Linienführung des Kanals. Dann sprach Rechtsanwält und Notar Rabemacher (Merseburg) über den Stand des Kanalprojektes in der Saale, das nach einjährigen Vorarbeiten endlich in greifbare Nähe gerückt ist. Der Kanal beginnt in der Nähe von Merseburg und benutzt die Flußläufe der Elster und der Zuppe. Inhaftlich diente sich der Vortrag mit den Ausführungen, die Herr Rechtsanwält Rabemacher füglich in der „Saale-Zeitung“ in zwei sehr instruktiven Artikeln gemacht hat.

Deutsches Reich.

Der Fall Jastrow.

Die Verhandlungen zwischen dem Vorkontrollkollegium und den Dozenten der Berliner Handelshochschule über die Befreiung des Konflikts werden am Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung fortgesetzt werden. Montag abend trat jede Partei allein zusammen, um sich für die den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen Stellung zu nehmen. Wie man hört, hat deren bisheriger Verlauf die Dozenten so wenig befriedigt, daß sie in einer an den Präsidenten Dr. Kaempf gerichteten Eingabe erklärten, ihres Erachtens seien die Grundlagen für eine Verständigung noch nicht gefunden. — Der von den Schülern der Handelshochschule beschlossene Streik wurde am Montag mit bemerkswerter Einnüchternheit begonnen; selbst die Hospitanten, die den Prüfungsführer beizumachen pflegen, waren nicht gekommen. Die Studenten erwiderten Montag vormittag eine Abordnung zu dem erkrankten Montag vormittag ein Mittel zu beschaffen, um Professor Jastrow als Lehrkraft der Handelshochschule zurückzugewinnen. Wie der „B.-Z.“ hört, haben zwischen Jastrow und den Lehrkräften in dieser Hinsicht bereits Verhandlungen stattgefunden, die jedoch bisher ohne Erfolg geblieben sind.

Die Abgeordnetenhauskommission zur Beratung des Kommunalabgabengesetzes beschloß am Freitag abend zunächst, die Behandlung der Verzugsnachsteuerfrage bis zur etwaigen Ueberweisung der neu eingebrachten Wertzuwachssteuervorschläge durch das Plenum an die Kommission auszuschieben und nahm hierauf den § 13 (Erhebung der indirekten Steuern) mit einem konservativen Antrag an, wonach Vereinbarungen der Gemeinde mit einzelnen Steuerpflichtigen über die Höhe der Steuer der Genehmigung bedürfen. Eine Anzahl weiterer Paragraphen der Vorlage wurde nach der Vorlage angenommen. Das Plenum beantragte, daß bei Erwerb von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie und bei Teilung einer Erbschaft die Umschlagsteuer wegfallen soll. Die Nationalliberalen beantragten, die Umschlagsteuer auf eine Zwischenssteuer anzuordnen. Der Finanzminister und die Kommission des Ministers des Innern nahmen lebhaft gegen diese Anträge Stellung und auch Redner verschiedener Parteien erhoben Bedenken. Der Finanzminister erklärte, daß er eine Anweisung erlassen wolle, dahingehend, daß die gewöhnliche Umschlagsteuer nur in Höhe von 1 Proz. für den Kreis und von 1 Proz. für die Gemeinde im Höchstbetrage zulässig sein soll. Bei Verkäufen, die Terrain betreffen, das Spekulationszwecken dient, und bei solchen Verkäufen von bebauten Grundstücken, die durch kurzfristigen Besitzwechsel Spekulationszwecke klar erkennen lassen, soll eine Erhöhung der Umschlagsteuer zulässig sein. Er, der Minister, habe nach wie vor gegen eine gesetzliche, generelle Befreiung der Umschlagsteuer die größten Bedenken. Die Befreiung solle wegen der Wichtigkeit der Frage ausgekl. und auf Mittwoch vormittag verlagert.

Die konservative Finanzpolitik wird von dem bekannten Nationalökonom, Geheimrat Prof. Dr. Gustav Cohn in Göttingen, einem Mann, dem parteipolitische Voreingenommenheit gewiß nicht nachzusagen ist, genau so beurteilt, wie es seit jeher von der fortschrittlichen Volkspartei geschieht. In einem Ausblick auf die Zukunft der deutschen Reichs- und Staatsfinanzen, den er in der neuesten Nummer des „Bank-Archivs“ veröffentlicht, schreibt Dr. Cohn unter anderem:

„Die größten Schwierigkeiten für die normale Gestaltung des Reichsfinanzwesens entstehen fortdauernd aus dem Widerspruch, daß eben die Partei (oder Parteien), die den Patriotismus zur Bewilligung, ja Steigerung des Reichsbedarfs in erster Reihe bereit ist, am wenigsten bereit ist, die angemessenen Steuern zur Deduktion dieses Bedarfs zuzugestehen. So ist es bisher gewesen, so war es im vorigen Jahre bei der Beschlußfassung des Abgabengesetzes, so ist es in diesem Jahre bei den parlamentarischen und sonstigen Debatten gewesen, die in keinem Gefolge hatgefunden haben.“

Mit besonderem Nachdruck weist Professor Cohn dann die Neubestimmungen zurück, die Graf Mirbach am 17. Februar 1914 in seiner Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftstreue reformer gemacht hat. Graf Mirbach hatte sich da beklagt, daß wir auf steuerlichen und sozialpolitischen Gebiet bereits überwiegend nach sozialdemokratischen Grundgedanken regiert werden, und daß die jetzt die Vorkontrollzeit des Reichsstaats beherrschende Sozialdemokratie auf legalen Wege durch die Steuererhebung ihr Endziel, nämlich die Vernichtung des Privateigentums, erreiche. Prof. Cohn erinnert ironisch daran, daß auch schon früher das preussische Unterium, sobald es zu Steuern herangezogen wurde, den Untergang des Landes prophezeit habe und meint dann, daß die „Verteilung des Privateigentums“, wie sie in den Steuererträgen durch das Unterium kaffine, nichts anderes sei, als der natürliche Kampf des Kapitalismus, der seine finanziellen Verpflichtungen gegen das Vaterland nicht erfüllen will.“

Zum Gouverneur der vier türkischen Prinzen, die zu ihrer Ausbildung nach Berlin geschickt worden, ist Oberst von Stransky bestimmt. Der bewährte frühere Militärattaché in Konstantinopel, der vor etwa einem halben Jahre aus der Stellung des Militärattachés in dem Generalstab des Oberkommandos von General v. Liman geführt wurde, wird die vier türkischen Prinzen überbringt. Die Kommandierung der vier türkischen Prinzen zur deutschen Armee ist ein wirksamer Gegenzug gegen die antideutschen Eibereitungen der letzten Zeit.

Ueber die Koburg-Gothaer Ministerkrise fand am Sonntag in Oberhof eine Besprechung zwischen den Präsidenten beider Landtage statt. Infolge der Stellungnahme des Herzogs, der die Demission des Hofamterpräsidenten von Bassow ablehnt, besteht nach Ansicht des Staatsministers Dr. Richter im Amt bleibt.

Aus den Kolonien.

Ein deutscher Prinz als Plantagenbesitzer in Ostafrika. Prinz Heinrich XXXII. von Rußland, der in einem Hamburger Exportgeschäft gearbeitet und die Handelshochschule in Köln besucht hatte, erwarb in Ostafrika Kaufschul-Plantagen. Mit diesen errichtete er eine G. m. b. H. Die Gründung erhielt den Namen Wangen Marimba. Bis jetzt hat der Prinz mit der Gründung nichts verdient. In den ersten drei Jahren des Bestehens hat die Gesellschaft bei 650 000 Mark Kapital bereits 144 000 Mark verloren. Der Verlust wird darauf zurückgeführt, daß der Preis des Kaufschul von 7,77 Mark pro Kilogramm 1912 auf 4,08 Mark 1913 gefallen ist. Es wird erhofft, daß bei Befreiung der Kaufschulpreise die Gründe noch Nutzen bringen wird.

Ausland.

Kaiser Franz Josephs Befinden. Die Nachruhe des Kaisers war in der zweiten Hälfte der Nacht zum Montag wieder arg gestört, doch handelt es sich diesmal nicht so sehr um den Hufentzug, als um eine nervöse Affektion in Folge Witterungswechsels. Der ärztliche Morgenbericht stellt gutes Allgemeinbefinden und befriedigenden Kräftezustand fest, doch macht die Lösung des Katarrhs nur sehr geringe Fortschritte.

Der Ausfall der französischen Wahlen. Nach dem endgültigen Resultat des ersten Wahlganges der Kammerwahlen sind gewählt worden: Konservative 32, Action libérale 27, fortschrittliche Republikaner 54, Republikaner der Linken 52, radikale Republikaner 27, sozialistische Radikale 11, geeinigte sozialistische Republikaner 89, sozialistische Republikaner 17, geeinigte Sozialisten 40. Demnach sind 349 Abgeordnete endgültig gewählt. In dem zweiten Wahlgange von Martignac ist das Resultat der Wahlen nicht veröffentlicht worden und die Wahlen werden der Kammer überhandt werden. 252 Stichwahlen müssen stattfinden. — Die Konservativen gewinnen 4 Sitze, davon einen neuerschaffenen. Die Action libérale gewinnt 4 Sitze, davon einen neuerschaffenen und verliert 2 Sitze. Die Progressiven gewinnen 7 Sitze, davon einen neuerschaffenen, und verlieren 8, davon einen durch Abschaffung. Die Republikaner der Linken gewinnen 12 Sitze und verlieren 7 Sitze, die radikalen Republikaner gewinnen 4 und verlieren 3 Sitze, davon einen durch Abschaffung; die geeinigten sozialistischen Radikalen gewinnen 12 und verlieren 15 Sitze, einen ebenfalls durch Abschaffung. Die sozialistischen Republikaner verlieren 3 Sitze, die geeinigten Sozialisten gewinnen 5 Sitze und verlieren einen.

Caillaux als Duellant. Der überwindende Gegner des Herrn Caillaux in Namers, Herr d'Allières, hat eine Ansprache an seine Wähler plakatiert, um ihnen für ihre Unabhängigkeit zu danken. Er sagt darin: „11 000 Wähler, die mit ihr Vertrauen beauftragt haben, seien ihre Unabhängigkeit und beweisen, daß es im Kreise Namers eine ansehnliche Anzahl mutiger Männer gibt, die gewillt sind, weder das Verdrehen noch die Tadeln der meisteleten des Ministers mit einem Gauner gutzuheißen. Das Land wird nicht aufhören, ihnen recht zu geben und zu zeigen, daß man in Frankreich nicht ungeraht das Volksgewissen herausfordert.“ Kaum hatte Herr Caillaux von diesem Schriftstück Kenntnis erlangt, als er an Herrn d'Allières eine Herausforderung richtete. Seine Zeugen sind der Abg. Herr Ceccaldi und General Dalstein. Der Herausforderer hat sich unermüdet nach Paris begeben, um seinerseits Zeugen zu bestellen.

Befreiung des Ehrenhändels Caillaux-d'Allières. Die Schiedsrichter in der Ehrenhandlung Caillaux-d'Allières vernahmen in ihrer Sonntagssitzung Belobes, den Zeugen d'Allières, und Ceccaldi, den Zeugen Caillaux. Die Richter nahmen Johann zu folgendem Beschluß: Die Schiedsrichter betrachten die fraglichen Ausdrücke an sich als beleidigend. Indessen scheinen ihnen die Erklärungen der Zeugen d'Allières zu befunden, daß durch den Gedankengang in der Ansprache d'Allières weder Caillaux noch seine Wähler beleidigt sein konnten. Unter diesen Umständen sind die Richter der Ansicht, daß die Zeugen die Angelegenheit als erledigt ansehen können.

Ausruhe in Arabien. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel haben sich der Emir von Mekka und sein Volk gegen die türkische Herrschaft erhoben. Der erst vor kurzem von Konstantinopel nach der Heiligen Stadt der Mohammedaner erkrankte neue Gouverneur soll verurteilt haben, die Rechte des Emirs und gewisse Privilegien des Volkes beschränken zu wollen, was den Aufbruch veranlaßte. Der Gouverneur soll gefangen genommen worden sein.

Fortbauer der mexikanischen Kämpfe. Huerta und Carranza haben jeder für sich einen Waffenstillstand mit den Nordamerikanern abgeschlossen, der mexikanische Bürgerkrieg aber nimmt weiter seinen Lauf, da Carranza auf einen Waffenstillstand mit Huerta nicht eingehen will. Das Kriegsministerium in Mexiko City war im Auftrage Huertas bereit, die Feindseligkeiten gegen Carranza einzustellen, und die Bundesstruppen hatten bereits die entsprechenden Befehle erhalten, auch soll laut „B. Z.“ bei Tampico eine Waffenruhe zwischen den beiden Lagern schon vereinbart gewesen sein, allein Carranza hat die ihm von Mexiko City dargebotene Hand zurückgewiesen. Der angegriffene „dreifache“ Waffenstillstand ist somit gescheitert. Man medelt hierzu: Nachdem der Rebellenführer Carranza es abgesehen hat, einen dreifachen Waffenstillstand zu unterzeichnen, er scheinen die Ausdehnungsbestrebungen wenig aussichtslos. Die Rebellen sind offenbar entschlossen, die kriegerischen Erfolge

der letzten Woche auszunutzen. Carranza betont in einer Note, die er an die Washingtoner Regierung gerichtet hat, daß von einem Waffenstillstand zwischen den Aufständischen und der Bundesstruppen nur Huerta Vorteil ziehen würde. Dagegen sind die sogenannten Friedensmaßnahmen und Bedingungen zwischen den Amerikanern und den Huertisten eingestellt. In Washington erhalten sich die Gerichte, doch Huerta abhandeln und sich in Europa niederlassen wolle. Direkte Meldungen aus Mexiko City dagegen erklären diese Gerichte als aburz, da Huerta sich in Süd- und Zentralmexiko wachsender Popularität erfreue. — Ein mit Deutschen vollbesetzter Eisenbahnzug ist am Sonnabend von Mexiko City nach Veracruz abgegangen und dort auch glücklich angekommen.

Tagung der unteren Postbeamten im Direktionsbezirk Halle.

3. August, 3. Mai.

Hier fand heute die Tagung des Bezirksvereins Halle des deutschen Postverbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten im „Feld“ statt. Aus fast allen Orten des Bezirks waren dazu Teilnehmer erschienen, auch mochte eine sehr große Anzahl Mitglieder der Versammlung bei, die vom Bezirksvorsitzenden D. H. H. (Halle) geleitet wurde.

Nach verchiedenen Begrüßungsansprachen trat man in die Beratungen ein, die zunächst verchiedenen

Befoldungsfragen

galteten. Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu erwählen, dafür einzutreten, daß den unteren Beamten beim Lebertritt in eine gehobene Stelle das Befoldungsstellenalter der Schaffnerklasse verbleibt, wurde glatt angenommen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach der Verbandsvorstand erkl. wird, für eine ähnliche Spannung zwischen den Anfangs- und Endgehältern der unteren Beamten einzutreten, wie sie bei den mittleren Beamten besteht. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß die Spannung bei den unteren Beamten mit 1200 bez. 1400 Mk. Anfangs- und 1900 bez. 2100 Mk. Endgehalt nur 2:3 beträgt, während sie bei den mittleren Klassen mit 1800 Mk. Anfangs- und 3600 Mk. Endgehalt 2:4 und bei den Sekretären noch größer ist. Eine gewisse Erhöhung der Zulagen und des Endgehalts sei deshalb zu fordern.

Zugehört wurde weiter einem Antrag, nach dem der Verbandsvorstand erkl. wird, beiseiten vorzuarbeiten, daß bei der im Jahre 1918 vorgezogenen Nachprüfung des Wohnungsgeldzuschusses die Spannung zwischen den mittleren und unteren Beamten ganz erheblich gemildert wird. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß die gemachten Erhebungen seinerzeit nur im mittleren Beamtenstand gemacht wurden. Der untere Beamte komme mit seinem Wohnungsgeldzuschuß vielfach nicht aus; in Halle z. B. wären dies 90 Proz.

Weiter erteilte der Bezirkstag seine Genehmigung zu einem zwischen dem Vorstande und dem Verbands öffentlicher Lebensversicherungen abzuschließenden Vertrag. Er erlaubt schließlich den Verbandsvorstand, verchiedene Wünsche der Beamten aus dem Leitungsausschreibe nachdrücklich an geeigneter Stelle zu vertreten.

Ein Antrag der Ortsgruppe Bitterfeld, beim Verbandsvorstand den Antrag zu stellen, daß der Verband dafür eintritt, daß Zivilbeamte nach 15 Dienstjahren zur Beförderung für den Dienst als gehobener Unterbeamter eintreten können, wurde angenommen. — Ein Antrag Halle, für jeden Todes- und Pensionsfall einen Pensions zur Erhöhung der Pensions mit den Monatsbeiträgen einzuziehen, wurde nicht angenommen, dafür aber ein Antrag, allgemein auf die Erhöhung der Sterbegeld- und Pensionsbeiträge hinzuwirken.

Aus dem erstatteten Bericht über die Entwicklung des Verbandes ging hervor, daß dieser vor fünf Jahren bei seiner Gründung knapp 80 000, dagegen jetzt über 105 000 Mitglieder zählt, davon der Bezirksverein Halle 2200. Besonders segensreich haben die Sterbegeldversicherung und die Einrichtung der Witwen- und Waisenrenten gewirkt.

Zum Schluß der Berammlung hielt Herr Engelhardt (Seipzig) einen Vortrag über die Entwicklung des Postwesens.

Halle und Umgebung.

S. 1. 5. Mai

Im Briefverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen im Publikum noch verchiedentlich Zweifel über die Höhe des Portos. So werden die Postkarten nach den Vereinigten Staaten von Amerika noch immer in zahlreichem Maße mit nur 5 Pf., statt mit 10 Pf., frankiert, auch bei Briefen nach Kanada folgt häufig die Frankierung mit nur 10 Pf., was für die erste Gewichtsstufe. Dies ist unrichtig. Die Gebührenermäßigung im Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika bezieht sich nur auf Preise, die auf dem direkten Wege ohne Vermittlung fremder Länder befördert werden sollen. Alle anderen Briefleistungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika sowie für alle Briefleistungen nach Kanada unterliegen den Gebührenhöhen des Weltpostvereins.

Der schiffahrtsärztliche Gesundheitsverein hat am Mittwoch, den 6. Mai, im Auditorium maximum der Universität seine Hauptversammlung. Das Programm ist wie folgt festgelegt: Um 12 Uhr findet ein Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Werninghoff-Halle statt; um 1 Uhr gesellschaftliche Sitzung (nur für Mitglieder); 2 Uhr gemeinsames Mittagessen im St. Nicolaus. Anmeldungen hierfür nimmt das Kantons Lehmann, Dr. Steinstraße 19, entgegen. Hierauf Besichtigung des neuen städtischen Museums auf der Moritzburg.

Die Frühjahrsversammlung des Saalebezirks im Stenographen- und Sprechlehren-Verein, findet am Sonntag, den 10. Mai, in Weissenfels a. S., „Schumanns Garten“, mit Unterstützung und unter Teilnahme der Weissenfeler Behörden, statt. 9½ Uhr Korrespondenz und Wettstreiten in Abstellung von 60 bis 800 Silben und mehr, 11½ Uhr Festvortrag des Stadtverordneten und Lehrers Starck-Wagdeburg; Die Stenographie und Lehr-; Jahr- und Weissenfels, abends Kreisversammlung und Ball. — Zur Teilnahme finden sämtliche Vereinsmitglieder der dem Saalebezirk angehörender Vereine berechtigt; sonstige Schriftgenossen können als Gäste willkommen. — Die halbjährigen Schriftgenossen zahlen mit dem Zuge 7,50 Pf. morgens ab Halle a. S., die Mitglieder unter 18 Jahren auf Augenbahnen.

Der Marine-Verein hält Mittwoch, den 6. Mai, abends 8½ Uhr im Vereinslokal St. Nicolaus (Zimmer 8) seine ordentliche Monatsversammlung ab.



Die Kurse in Kursbuch... Die Kurse in Kursbuch... Die Kurse in Kursbuch...

Berliner Börse, 4. Mai 1914

Verhandlungs- u. Fr. Lira, Lira, Peseta... Berlin. Bankdiskont 4 1/2, Lombardzins 5 1/2, Privatdiskont 5 1/2

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Hypoth.', 'Bank-Anleihe', 'Kleinst-Fonds', 'Schiffahrt', 'Industrie', and 'Berliner Brauereien'.

